

## Kleine Anfrage 4182

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

an die Landesregierung

### Einstufung von ehrenamtlich tätigen Sicherheitspartnerschaften

In der letzten Zeit ist viel von der Bedeutung, der Würdigung und der Absicherung des Ehrenamtes die Rede. Auch der Ministerpräsident ist darauf in seiner Neujahrsansprache sehr ausführlich eingegangen. Mit ehrenamtlicher Tätigkeit werden aber immer Freiwillige Feuerwehr, Kommunalvertreter, Sporttrainer z.B. gemeint. Seit oft mehreren Jahren schon gibt es aber in vielen Orten Sicherheitspartnerschaften von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die oftmals auch in den Abend- und Nachtstunden angesichts hoher Einbruchskriminalität und mangelnder Polizeipräsenz in ihren Wohnorten unterwegs sind und so den Einwohnern ein gewisses Sicherheitsgefühl vermitteln. Einige dieser Sicherheitspartnerschaften haben inzwischen mangels öffentlicher Unterstützung aber ihre Tätigkeit wieder eingestellt, was sehr bedauerlich ist und dem unbedingt entgegen gewirkt werden muss.

Ich frage die Landesregierung:

1. Werden vom Land die Sicherheitspartnerschaften mit den eingangs erwähnten ehrenamtlichen Tätigkeiten engagierter Bürger/innen als gleichwertig eingestuft?
2. Wenn Frage 1. mit Ja beantwortet wird:  
Woran orientiert sich die derzeit gültige pauschale finanzielle Aufwandsentschädigung aus Landesmitteln für die Sicherheitspartner in Höhe von 30 Euro und hält die Landesregierung die Höhe für ausreichend, um Bürger/innen für diese teils nicht ungefährliche Aufgabe zu motivieren?
3. Wie viele Sicherheitspartner haben diese Aufgabe 2017 aus welchen Gründen wieder aufgegeben, wie viele gibt es im Land Brandenburg per 31.12.2017 und welche Kosten sind dem Land im Jahr 2017 dafür entstanden? (Angabe bitte getrennt nach Aufwandsentschädigungen und Kosten für Ausstattung)
4. Besteht für Städte und Gemeinden über die aktuell gültige Einzelregelung "Sicherheitspartner des Landes Brandenburg im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention" (Erlass des MIK BB vom 1. Juni 2017) hinaus die Möglichkeit, die finanzielle Vergütung, Ausstattung etc. im Rahmen einer eigenen Satzung analog der Satzung über die finanzielle Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren zu regeln?

5. Wenn Frage 4. mit Ja beantwortet wird:  
Können Städte und Gemeinden hierfür finanzielle Unterstützung vom Land in Anspruch nehmen und falls ja, in welcher Höhe stehen hierfür Landesmittel zum Abruf zur Verfügung?